

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 81 (2001)
Heft: 2

Artikel: Der Schatten der grossen Nachbarn : sind die baltischen Staaten ein sicherheitspolitisches "Bermudadreieck"?
Autor: Schenk, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166457>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER SCHATTEN DES GROSSEN NACHBARN

Willy Schenk

ist Historiker und Journalist. Er promovierte 1966 an der Universität Zürich mit einer Dissertation über den deutsch-englischen Gegensatz vor dem Ersten Weltkrieg. Für die Zürcher Zeitung *Tages-Anzeiger* berichtete er aus Deutschland, aus den USA und aus dem Bundeshaus in Bern. Als Redaktor des *Tages-Anzeiger*-Magazins schrieb er Beiträge über Skandinavien und Regionen an der Ostsee. Seit 1997 schreibt er regelmässige Kolumnen in estnischen Zeitungen. Bei Vorträgen in Finnland und in den baltischen Staaten informiert er über zeitgenössische Probleme aus Schweizer Sicht.

Sind die baltischen Staaten ein sicherheitspolitisches «Bermudadreieck»?

Die Reformpolitik von Michail Gorbatschow hat mehr als jeder andere Faktor zur Auflösung der Sowjetunion und zur grossen Wende von 1989 beigetragen. Rückblickend kann der letzte sowjetische Generalsekretär zwar das Ende des Kommunismus akzeptieren, nicht aber die Schwächung Russlands und den Absprung der ehemals russischen Provinzen Estland, Lettland und Litauen. Bei einer Gedenkfeier in Lissabon im April 2000 griff er als Beispiel Lettland heraus. Die lettische Bevölkerung bestehe zu einem Drittel aus Russen und diese Minderheit von 700 000 Personen werde benachteiligt. «Wie würden wir auf die Situation in Lettland reagieren, wenn wir Amerikaner wären?» fragte Gorbatschow und lieferte die Antwort gleich selbst: «Wir würden einmarschieren und die Russen dort beschützen.» Eine «Integration» Lettlands sei, so meinte er, auch wirtschaftlich zu rechtfertigen, denn 30 Prozent des lettischen Einkommens stamme aus dem Transport von russischen Gütern zu lettischen Häfen. «Warum kann die Europäische Union integrieren und expandieren – und wir nicht?»

Gorbatschows Frustration ist in diesem Zusammenhang durchaus repräsentativ, weil es nicht Droggebärden eines Chauvinisten sind. Die Rhetorik des gescheiterten Reformers zeigt vielmehr die Wunden jenes Russland auf, das mit dem Westen kooperieren möchte und nicht auf Revanche sinnt. Wie Gorbatschow befürchten laut Umfragen auch viele an Zusammenarbeit mit dem Westen interessierte Russen, dass es den Partnern letztlich nur um die machtpolitische Zurückstufung Russlands gehe. Mit dem Absprung der baltischen Provinzen verlor das Land zwei Drittel seiner Ostsee-Küste und damit die wichtigsten Häfen für den Gütertransport zur See. Verloren sind der grösste Luftwaffenstützpunkt beim estnischen Tartu, das Ausbildungszentrum für atomgetriebene U-Boote im estnischen Paldiski. Der Stützpunkt Kaliningrad (Königsberg) wurde durch den Abfall von Litauen zu einer Enklave.

An der Transformation interessierte Politiker wissen, dass Russland auf wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen ist. Moskau akzeptiert daher notgedrungen die Osterweiterung der Nato, zieht aber eine Linie bei den ehemaligen sowjetischen Provinzen Estland, Lettland und Litauen. Deren Einbezug wäre für Moskau nicht akzeptabel. Dem Beispiel des Baltikums würde nach

russischen Befürchtungen früher oder später auch die Ukraine folgen. Ist diese Warnung taktisch oder würde die Missachtung der Linie das Ende der sicherheitspolitischen Kooperation zwischen Russland und der Nato bedeuten? Die Antwort steht aus, und Washington und Brüssel sind zurzeit nicht gewillt, den russischen Einwand zu testen.

Sicher ist, dass Russland in der europäischen Sicherheitspolitik die grosse Unbekannte bleibt: Diese Nation ist machtpolitisch degradiert und verwundet. Ihr Selbstbewusstsein wurde zudem durch einen katastrophal verlaufenen Systemwechsel erschüttert. In Washington und in Brüssel weiss man, dass Moskau auch nach diesen Rückstufungen noch immer die Atommacht Nr. 2 ist und damit Mitspieler in einem Klub, der über die Selbstzerstörung der Menschheit entscheidet. Die europäische Sicherheit steht weiterhin im Schatten Russlands. Ohne dauerhafte Demokratisierung und ohne funktionierende Marktwirtschaft muss weiterhin mit einem russischen Rückfall in autoritäre Strukturen und mit der Bedrohung von Europas Sicherheit gerechnet werden.

Unsicherheit in den baltischen Staaten

Von Russland sei noch nie etwas Gutes gekommen, sagt ein aussenpolitischer

Experte in Tallinn. Ausnahmen waren nach seiner Ansicht nur die Jahre 1918 und 1991, als Estland von der russischen Schwäche profitieren konnte. Die baltischen Provinzen verdanken ihre jüngste Loslösung nicht nur dem eigenen Bestreben, sondern auch dem Machtkampf in Moskau. Für *Jelzin* war die Ablösung der Randprovinzen ein Schachzug, um seinen Rivalen Gorbatschow zu schwächen. Nachdem seine Position in Moskau gesichert war, betrachtete Jelzin die ehemaligen Provinzen an der Ostsee als eine Art Protektorat. Er und sein Nachfolger *Putin* treten als Beschützer der russischen Minderheiten in Estland und Lettland auf und appellieren dabei an die von Westeuropa propagierten Menschenrechte. Moskau verweigert die Unterzeichnung von Grenzabkommen, erhebt Strafzölle gegen baltische Landwirtschaftsprodukte und benutzt den Erdölexport als Druckmittel.

Wie unsicher einzelne baltische Politiker taktieren, zeigt das Beispiel Litauens. Die ohnehin in einer Krise steckende Wirtschaft des Landes wurde im Frühling 1999 durch eine Sperre der russischen Öllieferungen schwer getroffen. Der litauische Konzern Mazeikiu Nafta mit seiner Raffinerie, seinen Ölpipelines und dem neuen Verladehafen – insgesamt ein Zehntel der litauischen Wirtschaft – wurde lahmgelegt. Die litauische Regierung wollte bei der Teilprivatisierung des Ölkonzerns russische Einflussnahme vermeiden und konzentrierte sich auf ein übereiltes Abkommen mit dem amerikanischen Ölkonzern Williams. Damit brüsikierte sie nicht nur Moskau, sondern das erzielte Abkommen war so schlecht, dass der im Kabinett überstimmte Regierungschef *Rolandas Paksas* zurücktrat. Paksas wechselte die Partei und ist nach einem Wahlerfolg im vergangenen Oktober nun wieder Regierungschef.

Der litauische Konservative *Vytautas Landsbergis* wurde international bekannt durch seine mutige Haltung bei der Ablösung von Moskau. Er musste die Regierung aber schon 1992 an die Postkomunisten abtreten, und seine Partei erhielt in den jüngsten Wahlen nur noch 6 Prozent der Stimmen. Litauens Wähler scheinen seinen Konfrontationskurs abzulehnen und dem wirtschaftlichen Wohlstand mehr Bedeutung einzuräumen als einer

Moskau
verweigert die
Unterzeichnung
von Grenz-
abkommen,
erhebt
Strafzölle
gegen baltische
Landwirtschafts-
produkte und
benutzt den
Erdölexport als
Druckmittel.

Abrechnung mit Russland. Anders sieht es aus bei der Russland so irritierenden Nato-Mitgliedschaft. Für Politiker und Medien der baltischen Länder ist die Nato-Integration wichtigstes aussenpolitisches Thema. Regierung und Opposition wetteifern bei der Unterstützung des Beitratts. Wer immer im Westen dazu etwas Positives sagt, erhält in den baltischen Ländern Schlagzeilen und Sendezeit. Bedenken ernten Empörung oder landen im Papierkorb. Parallel zur Nato-Begeisterung läuft die rhetorische Abrechnung mit der Sowjetzeit.

In den Parlamenten Litauens und Lettlands wurden Vorstösse eingebracht, die von Russland Milliarden-Reparationen für die erlittene Unbill in der Sowjetzeit fordern. Einige Politiker verlangen sogar, dass auf Kosten der Russen ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus aufgestellt werde. Solche Forderungen haben keine Chance, sie vergiften aber die Beziehungen zum grossen Nachbarn. Als Beobachter fragt man sich, ob Konferenzen über die Verletzung der Menschenrechte durch den Kommunismus nun wirklich alle in baltischen Hauptstädten stattfinden müssen. Die Kampagne ist für Westeuropäer auch wegen ihrer Einseitigkeit peinlich. Die Kollaboration mit den Nazis und die vor allem in Litauen gravierende Judenverfolgung werden ausgeklammert. Wird der Holocaust thematisiert, so ist es mit Sicherheit eine erzieherische Aktion aus Westeuropa, die von den baltischen Medien ignoriert wird. Im Oktober des letzten Jahres brachte ein litauisches Wirtschaftsmagazin auf der Titelseite eine antisemitische Illustration mit der Schlagzeile «*Juden beherrschen die Welt!*». In London musste die lettische Präsidentin *Vaira Vike-Freiberga* bei ihrem jüngsten Staatsbesuch in einem BBC-Interview die Errichtung eines Kriegsdenkmals für die an der Seite der Nazis kämpfende lettische Legion verteidigen. Viele der 140 000 lettischen Soldaten wurden zwangsrekrutiert. Aber gehört zum «Grundrecht freier Bürger» wirklich ein Denkmal, das in Russland eine wütende Medienkampagne auslöst?

Das ehemalige russische Grossfürstentum Finnland hat es fertig gebracht, seine gute Nachbarschaft mit Russland mit einer Pionierrolle in der EU zu verbinden. Na-

türlich sind die Voraussetzungen anders. Die finnische Halbinsel führt zu Lande nur in die nordische Tundra oder über einen Umweg in das neutrale Schweden. Finnland hat fast so viele Einwohner wie die drei baltischen Länder zusammen. Und die finnischen Abwehrkämpfe im Zweiten Weltkrieg überzeugten selbst *Stalin* vom Vorteil einer friedlichen Nachbarschaft. Entscheidend war aber die finnische Kompromissfähigkeit, welche im Kalten Krieg ab und zu als «Finnlandisierung» beschimpft wurde. Dazu gehörten die für beide Seiten nützlichen Wirtschaftsbeziehungen und eine gewisse Rücksichtnahme auf russische Empfindlichkeiten. Finnland hat jeden Schritt seiner Integration in Westeuropa diplomatisch abgesichert. Die Diskussion über eine Nato-Mitgliedschaft wurde vom politischen Establishment vermieden.

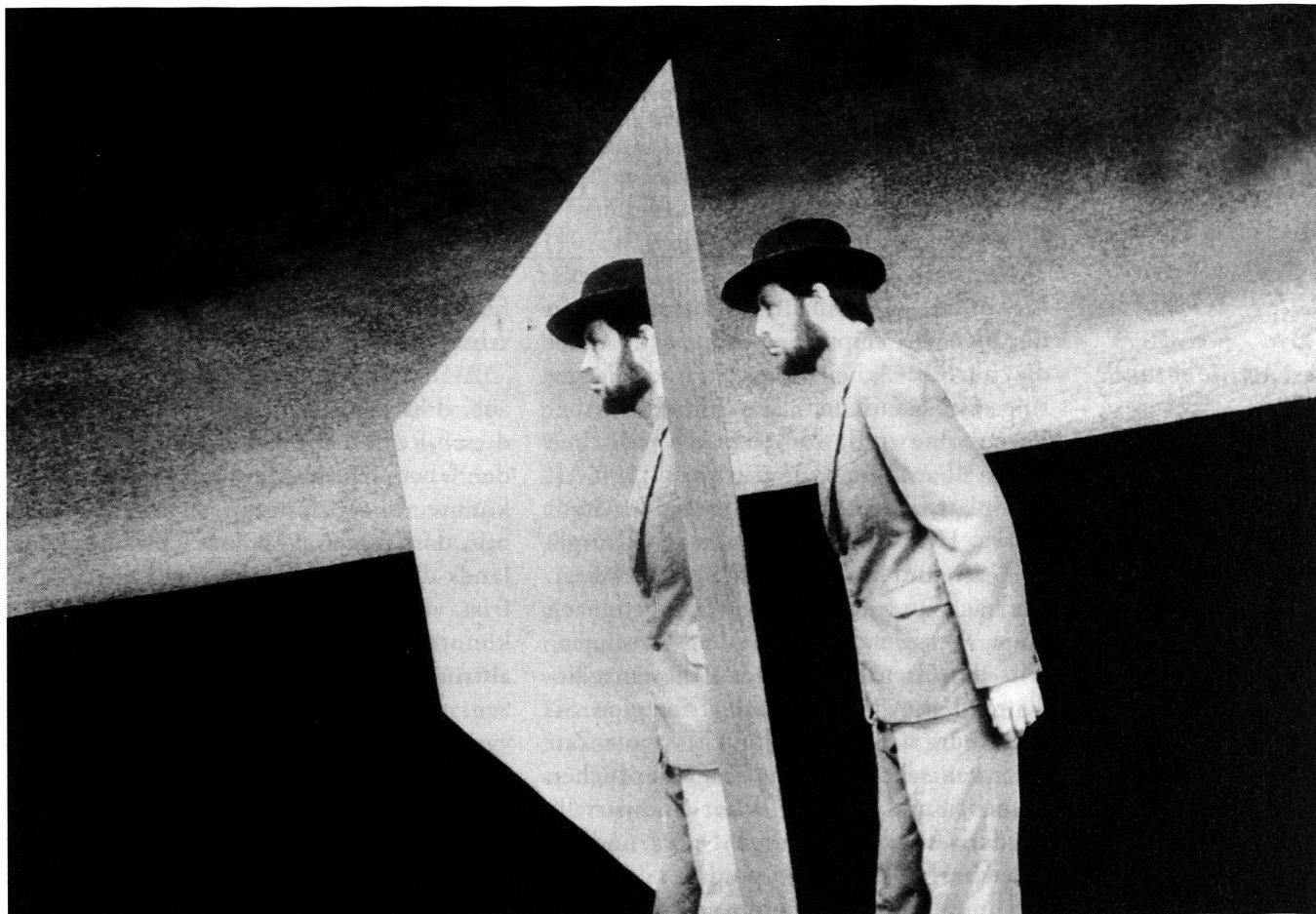
«Nördliche Dimension»

Es ist kein Zufall, dass gerade Finnland das Konzept von der «Nördlichen Dimension» in die Debatten der Europäischen Union eingebracht hat. Die Vision selbst stammt

allerdings aus den USA, wo man an Massnahmen für ein stabiles Europa und dabei auch an eine wirtschaftliche Belebung im Nordosten denkt. Die Idee wird illustriert durch zwei Beispiele. Die finnische Firma Nokia und die schwedische Firma Ericsson produzieren heute den grössten Teil ihrer Mobiltelefone in Tallinn (Reval). Auch in anderen Bereichen werden immer kompliziertere Produktionen nach Estland, Lettland und teilweise nach Litauen verlegt, wo gut ausgebildete Arbeitskräfte zu tieferen Löhnen zur Verfügung stehen. Solche Beziehungen tragen zur erstaunlich schnellen Transformation vor allem in Estland bei. Im Raum St. Petersburg steht ein noch viel grösseres Reservoir an guten Arbeitskräften zu noch tieferen Löhnen bereit. Sind das nicht Chancen für kapitalkräftige und innovationsfreudige Unternehmen in Helsinki und Stockholm?

Ermutigend ist auch das Beispiel der Textilfabrik Kreenholm im estnischen Narva. Kreenholm war zeitweise grössste Textilfabrik der Sowjetunion und beschäftigte 1989 noch immer 12 000 Personen. Dann versank die fast ausschliesslich von Russen bewohnte estnische Grenzstadt im

Vytautas Šeštauskas,
iš ciklo «Egzistencija»
(35)/From the series
Existence, 1994.



ESTLANDS STANDORTVORTEIL: DIE DNA EINES GANZES VOLKES

Lancierung des estnischen Genom-Projekts

Am 14. Dezember 2000 begann in Estland eine neue Zeitrechnung: Das Parlament des nördlichsten der baltischen Staaten verabschiedete mit nur wenigen Gegenstimmen das Gesetz zur Errichtung einer Gendatenbank. Zwei Tage später unterzeichnete Staatspräsident Lennart Meri das Gesetz. Estnische Effizienz auf dem Weg zu einem der verheissungsvollsten Märkte der Zukunft: dem Genhandel. Dem Vorbild Islands folgend werden in den kommenden zwei Jahren rund 70 Prozent der 1,4 Millionen Esten ihr Erbgut in der Gendatenbank hinterlegen. Von dort kann es zu wissenschaftlichen Zwecken ausgeliehen werden. Dass dies nicht ohne ein ausgeklügeltes Sicherheitssystem geht, ist offensichtlich. Renommierte internationale Medizinethiker und Datenschützer wurden um Gutachten gebeten. Die Bevölkerung wird von den Medien kompetent informiert. Man spürt in Estland, dass der Genhandel die einmalige Chance bietet, nach einem Jahrzehnt der Aufbauarbeit der eigenen Volkswirtschaft endlich einen zukunftsreichen Markt zu sichern. Vorbehalte der Bevölkerung sind, seitdem das Genom-Projekt 1997 an der in Tartu ansässigen «Citrina»-Stiftung entstand, denn auch kaum zu spüren. «In gewisser Weise», schrieb Frank Schirrmacher kürzlich in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung», «speisen die Esten die Software ihrer biologischen Existenz in den Warenkreislauf», womit die Biologie in den Stand eines nicht mehr zu umgehenden politischen Faktors erhoben werde – eine neue Dimension des Genhandels, die in der estnischen Öffentlichkeit kaum für Aufregung sorgt.

Vorerst können die Esten auch mit dem neuen Rohstoff, der DNA eines ganzen Volkes, gar nicht Kasse machen. Zu bescheiden sind derzeit noch die zweihundertvierzigtausend Franken Umsatz, welche die Biotechnologie-Firma «Asper» in Tartu umsetzt. Eine Handvoll Wissenschaftler, Gentechniker und Informatiker markieren dort genetisches Material, das von Krebsforschungszentren in Europa und den USA bestellt wurde. Dieses Genotyping samt der Entwicklung elektronisch lesbarer Erbstränge auf genetischen Chipkarten repräsentiert das Huhn, das goldene Eier legt, sobald die Datenbank vollständig ist – in zwei Jahren etwa. Doch das Land braucht auch in diesem privilegierten jungen Wirtschaftsbereich ausländisches Kapital. Andres Metspalu, der das Genomprojekt initiierte, hatte schon Ende der Achtzigerjahre wissenschaftliche Kontakte in den USA. Mittlerweile hat er dort auch Geldgeber gefunden. Der Staat, estnische Banken, vor allem aber Private, stecken Geld in das Genom-Projekt. Die in den nächsten zwei Jahren zu bewältigende Arbeit könnte freilich komplexer kaum sein: Eine Million DNA-Proben werden auf markante Abweichungen untersucht werden. Es bedarf der Erfassung von hunderttausend Nukleotid-Polymorphismen, um ein Raster entwerfen zu können, das geeignet ist, die Gene bestimmter Krankheiten bestimmen zu können. Solche Mengen verlangen eine Anzahl von Wissenschaftlern, über die das kleine Land noch nicht verfügt. Doch die Zeiten sind günstig: Junge estnische Studenten der Gentechnologie, die ihr Studium im Ausland, in den USA, Deutschland und der Schweiz erfolgreich abgeschlossen haben, kehren hochmotiviert in die Heimat zurück. Ants Kurg, Dozent für Biotechnologie, hat im Studienfach Gentechnologie die Studentenzahl von 15 vor zwei Jahren auf heute 65 erhöhen können. Man ist in Estland erst am Anfang einer langen Entwicklung. Abzusehen ist jedoch heute schon, dass das estnische Genomprojekt einmal eine der Unternehmungen sein wird, die gleich mehrere tausend Arbeitsplätze in kürzester Zeit entstehen lassen werden – soviel wie kein anderer Wirtschaftszweig in Estland.

Michael Wirth

Am liebsten
hätte man mehr
Sicherheit
ohne die
wirtschaftliche
Globalisierung.

Elend. Die an Russland grenzende Region nördlich des Peipus-Sees hat noch immer die höchste Arbeitslosigkeit und die geringsten estnischen Einkommen. Aber Kreenholm wurde von einer schwedischen Firma übernommen und ist mit 5000 Arbeitsplätzen heute die Hoffnung der Stadt Narva. Hier wird Baumwolle aus Georgia in USA und aus Kasachstan verarbeitet. Aufträge und Beschäftigung zeigen nach oben. Weniger gut geht es den Russen jenseits des Grenzflusses, denn die einst bedeutende sowjetische Industrieregion St. Petersburg hat sich noch nicht erholt. Zur amerikanischen Vision der «Nördlichen Dimension» gehören daher industrielle Niederlassungen zwischen Narva und St. Petersburg. Kandidaten sind der amerikanische Autokonzern Ford und Caterpillar,

führender amerikanischer Hersteller von schweren Maschinen für Erdbewegungen.

Amerikanische Analysen gehen davon aus, dass die wirtschaftliche Belebung in dieser Region die Demokratisierung und den Übergang zur Marktwirtschaft stärken könnte. In Washington rechnet man damit, dass die momentane Schwäche Russlands den baltischen Staaten eine Schonfrist von 10 bis 15 Jahren gibt. Dann könnte ein wieder erstarktes Russland die abtrünnigen Provinzen unter Druck setzen. Die beste Absicherung gegen re-vanchistische Neigungen wäre eine solide Einbindung der baltischen Länder in die westeuropäische Wirtschaft und die Stärkung von Demokratie und Marktwirtschaft beim russischen Nachbarn. Ein Wirtschaftswunder an der Ostsee würde

zugleich wirtschaftliche und politische Probleme lösen. Vor allem würde es den USA die Konfrontation von russischen und amerikanischen Interessen in Europa ersparen. Die Weiterführung der Sicherheitskooperation mit Russland ist somit ein Hauptanliegen der «Nördlichen Dimension».

Für die baltische und europäische Öffentlichkeit bestand die «Nordische Dimension» bisher aus wohlklingenden Formulierungen. Estland wurde im August 2000 aus der sommerlichen Lethargie aufgeschreckt durch die Meldung, die amerikanische Firma NRG habe bei der Teilprivatisierung des Elektrizitätsunternehmens Eesti Energia 49 Prozent erworben. Besonders alarmierend war der diplomatisch ungewöhnliche Glückwunsch aus dem amerikanischen Aussenministerium an den estnischen Ministerpräsidenten *Mart Laar*. Da die Verhandlungen von grosser Heimlichkeit umgeben waren, witterte man eine Verschwörung. Das Staatsunternehmen Eesti Energia begann mit der Elektrizitätserzeugung an den Wasserfällen nördlich des Peipus-Sees bei Narva und umfasst jetzt auch Teile der Energieproduktion aus dem hier gewonnenen Ölschiefer. Da Eesti Energia nicht nur Estland, sondern auch Teile von Lettland mit Elektrizität beliefert, hatte man seit Monaten über eine Fusion zwischen dem lettischen und dem estnischen Energieunternehmen diskutiert. Die Nachricht schlug daher ein wie eine Bombe. Die Medien berichteten, dass Ford und Caterpillar offenbar der auf Atomkraft beruhenden russischen Energieversorgung misstrauten und sich daher über die Beteiligung von NRG absichern wollen. Sollte Estland über die Wirtschaftsbeziehungen wieder in ein russisches Protektorat verwandelt werden? Die Aufregung war gross. Sogar der estnische Präsident *Lennart Meri* war unter den Kritikern.

Ambivalente Nato-Rhetorik

Die Episode zeigt auch die Bewusstseinsspaltung im erst vor 10 Jahren unabhängig gewordenen Estland. Zwar möchte man soviel westliche Investitionen ins Land holen wie möglich, weil man sich davon nicht nur schnellen Wohlstand, sondern auch politische Absicherung verspricht.

Wenn dann aber ein estnisches Unternehmen in ausländische Hände übergeht, so lamentiert man doch über den «nationalen Ausverkauf». Am liebsten hätte man mehr Sicherheit ohne die wirtschaftliche Globalisierung. Dies erklärt, warum laut einer Umfrage vom letzten Sommer 61 Prozent der Esten der Nato beitreten möchten, aber nur 40 Prozent der EU. In einer EU-Abstimmung würde man wohl trotzdem Ja sagen, aber nur aus Sicherheitserwägungen. Die Absicherung gegenüber Russland überschattet alle übrigen Anliegen.

In den USA wollten Senatoren einen militärischen Beitrag für die baltischen Länder mit dem Zusatz verabschieden, die Zahlung sei kein Präjudiz für den Nato-Beitritt. Der Vorbehalt löste im Baltikum Empörung aus und bewirkte einen Sturmlauf der baltischen Lobby in Washington. Der Senat verzichtete schliesslich auf eine solche Demonstration. Aber der Vorfall zeigt, dass die für eine Nato-Mitgliedschaft der baltischen Staaten nötige Zweidrittelsmehrheit nicht sicher ist. Die USA möchten nicht vor die Wahl zwischen der Aufnahme baltischer Nato-Kandidaten und der Sicherheitskooperation mit Russland gestellt werden. Die amerikanische Zurückhaltung steht im Gegensatz zur Rhetorik baltischer Politiker, die einen Erwartungsdruck erzeugen möchten.

Typisch ist eine Rede des estnischen Präsidenten *Lennart Meri*. Er sagte im November 2000 in Berlin, die Nato habe 1997 in Madrid bei der Aufnahme der mitteleuropäischen Staaten Polen, Ungarn und Tschechien das Tor für weitere Bewerber offen gelassen und damit «einen Wechsel ausgestellt». Estland nehme dieses Signal ernst und warte auf die offizielle Einladung zur Nato-Kandidatur im Jahr 2002. «Die Einladung an Estland beim Gipfeltreffen im Jahre 2002 ist ein Prüfstein für die europäische Sicherheit.»

Lothar Rühl, der ehemalige Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium, moniert in einem Kommentar, dass weder die USA noch die Europäer ein Konzept zur Verteidigung der baltischen Staaten gegen Russland hätten. Die Region sei sozusagen ein sicherheitspolitisches Vakuum, ein osteuropäisches «Bermuda-dreieck». Das Drängen der Osteuropäer auf Rückendeckung gegenüber Russland bewirkte allerdings, dass Washington das

In Washington
rechnet man
damit, dass
die momentane
Schwäche
Russlands den
baltischen
Staaten eine
Schonfrist
von 10 bis
15 Jahren
gibt.

Trostpfaster mit der unverbindlichen «Partnerschaft für den Frieden» wieder in die Schublade legte. Die Nato akzeptierte beim Madrider Gipfel von 1997 die Mitgliedschaft von Polen, Ungarn und Tschechien. Die Balten vertröstete Präsident Clinton mit den Worten: «Der Beitritt der baltischen Staaten ist Teil der Vision und der sicherheitspolitischen Entwicklung in Europa.» Mit anderen Worten funktioniert die Vision dann, wenn das Verhältnis zu Russland sich soweit entspannt, dass Moskau auf den Widerstand gegen die Nato-Mitgliedschaft der Balten verzichtet. Das Prinzip heisst Hoffnung. Nur suchen die Balten Rückendeckung für eine negative Entwicklung, für den Fall einer Bedrohung durch Russland.

Politiker mit einer geringeren Befähigung zu Visionen als der inzwischen abgetretene Clinton haben hingegen Probleme.

Bundeskanzler Kohl verhinderte die Besuche der baltischen Staaten grundsätzlich, was ihm von den dortigen Medien nie verziehen wurde.

Bundeskanzler Kohl verhinderte die Besuche der baltischen Staaten grundsätzlich, was ihm von den dortigen Medien nie verziehen wurde. Sein Nachfolger Gerhard Schröder kam, legte aber jedes Wort auf die Goldwaage, als er sich im August 2000 in Tallinn an das estnische Parlament wandte. Er kam den Erwartungen zuerst ein Stück weit entgegen und fügte dann bei, dass auch Russland in die europäische Sicherheitsarchitektur einbezogen werden müsse, da seine Rolle «in Europa von strategischer Bedeutung ist». Offensichtlich besorgt über die westliche Ambivalenz ist man in Finnland. Die finnische Präsidentin Tarja Halonen übernahm in einem Interview die Rolle der Kassandra und sagte: «Wer bei den baltischen Staaten Erwartungen weckt, muss Verantwortung übernehmen für die Folgen, die sowohl ein Nein zum Beitritt als auch ein Ja auslösen kann.» ♦

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken) für ein Gratis- oder Austauschabonnement. Es ist uns nicht möglich, alle diese Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 110.– (Ausland Fr. 131.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigelegte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich

Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05

E-mail: schweizermonatshefte@swissonline.ch